



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Peter Alberts, Regionalbüro Sven Giegold MdEP, Jahnstraße 52, D-40215 Düsseldorf

Peter Alberts
Regionalbüro Sven Giegold MdEP
Jahnstraße 52
D-40215 Düsseldorf

Tel.: +49 (211) 38666-33
Fax.: +49 (211) 38666-66

www.sven-giegold.de
alberts@gruene-nrw.de

Pressemitteilung

Boom beim Institut Solidarische Moderne zeigt:

Sehnsucht nach Alternativen und Weckruf für die Oppositionsparteien bei der Zusammenarbeit

Innerhalb von nur einer Woche sind über 800 Bürgerinnen und Bürger Mitglied des Instituts Solidarische Moderne geworden, über 4.000 haben den Rundbrief des Instituts abonniert und 2.000 sind auf facebook dabei. Darunter sind viele Prominente und WissenschaftlerInnen wie. Sie reichen von Dr. Franz Alt und Annelie Buntenbach, über Sebastian Krumbiegel (Die Prinzen) und Friedrich Schorlemmer bis hin zu Dr. Friedhelm Hengsbach und Dr. Anke Martiny. Dazu kommen über 30 Mitglieder des Bundestags und von Landesparlamenten. Dieser Boom war völlig unerwartet.

„Die überwältigende Reaktion auf unseren Gründungsaufwurf zeigt, wie groß der Wunsch nach einer Alternative zum wirtschaftliberalen Weiter-so ist. Das sollte den Partei- und Fraktionsführungen der drei Oppositionsparteien ein Weckruf sein. Viele Menschen wünschen sich Zusammenarbeit und Programme jenseits von Partei- und Organisationsgrenzen.“ sagte Sven Giegold, einer der Sprecher des Institutsvorstands.

Prof. Klaus Dörre, ebenso ISM-Sprecher, ergänzt: „Bei aller Euphorie über den Zuspruch bleibt die Gründungsabsicht des Instituts, die Grundlagen für ein lagerübergreifendes Projekt zu erarbeiten. Die Erfahrungen in Europa zeigen, dass es nicht ausreicht, ausschließlich auf linke Parteien zu setzen. Eine Alternative zum Neoliberalismus benötigt ein starkes Rückgrat in der Zivilgesellschaft. Nur dann kann sie mit attraktiven politischen Projekten erfolgreich wirken.“

In den nächsten Wochen wird das Institutsteam den zahlreichen Mitgliedern Angebote zur aktiven Partizipation machen. Dazu wird es schon im Sommer eine politische „Summer Factory“ geben.